

Resolution

til/zum:

Dagsordenspunkt/TOP 5

Husum, 16.09.2017

LANDESVERBAND

Norderstraße 76

24939 Flensburg

Tel. (0461) 144 08 310

Fax (0461) 144 08 313

info@ssw.de

Größere Kommunen nur auf freiwilliger Basis

Landesregierung muss die freiwillige Zusammenlegung von Kommunen finanziell stärker fördern

Auf seiner Sitzung am 14.07.2017 hat der SSW-Hauptausschuss beschlossen: Zusammenschlüsse von Gemeinden zu größeren Einheiten können nur freiwillig und unter Einbeziehung der Bürger vor Ort durchgeführt werden.

Um die Akzeptanz für eine Gemeindereform bei den Menschen zu erhöhen fordert der SSW:

- Freiwillige kommunale Zusammenschlüsse werden durch besondere finanzielle Anreize des Landes in Form von „Fusionsprämien“ unterstützt.
- Die Landesregierung muss so schnelle wie möglich Vorschläge für bessere finanzielle Anreize vorlegen, die dafür sorgt, dass die freiwillige Zusammenlegung von Kommunen schneller vorankommt.

Begründung:

Schleswig-Holstein braucht größere Kommunen

Der SSW erkennt an, dass es bei den Bürgern in Schleswig-Holstein große Vorbehalte gegen die Zusammenschlüsse von Gemeinden gibt. Es muss daher Überzeugungsarbeit geleistet werden, um den Menschen die Furcht davor zu nehmen, dass größere Kommunen den Verlust von örtlicher Gemeinschaft und Identität zur Folge haben. Aufgabe von Politik ist es, herauszustellen, dass größere Gemeinden nicht weniger sondern mehr Demokratie bedeuten.

*Bereits 2004 hat der SSW als einzige Partei in Schleswig-Holstein größere Kommunen gefordert. Trotz der Verwaltungsstrukturreform ist die heutige kommunale Situation in Schleswig-Holstein mit knapp **1.100** Gemeinden weiter ein Relikt vergangener Jahrhunderte. Die Übertragung der Aufgaben und damit der Entscheidungskompetenz an Ämter und Zweckverbände, die keine direkt gewählten Vertretungen haben, schwächt die kommunale Demokratie ganz erheblich.*

Die Strategie- und Handlungsfähigkeit der ländlichen Kommunen stößt an ihre Grenzen. Die schleswig-holsteinische Kommunalstruktur ist in Bezug auf Größe, Zuständigkeiten und demokratischer Legitimation völlig unbefriedigend. Die kleinen Dörfer haben zu kleine Haushalte, kaum Ressourcen, um Initiativen zu ergreifen und können oftmals gar nicht entscheiden, was vor Ort passiert; das machen Andere. Die ehrenamtlichen und hauptamtlichen Kommunalpolitiker haben trotz ihres großen Engagements keine wirksamen Instrumente zur Hand, um ihre Kommunen für die Zukunft fit zu machen. Eine geringe Bevölkerungsdichte, disperse (sich auflösende) Siedlungsstrukturen, große Entfernungen zwischen den Standorten für Wohnen, Arbeiten und Versorgung und ein eingeschränktes ÖPNV-Angebot prägen heute viele ländliche Regionen in Schleswig-Holstein. Der demografische Wandel wird die negativen Folgen dieser Struktur weiter verstärken und große Veränderungen für die Bevölkerung in fast allen Lebensbereichen mit sich bringen.

Dazu kommt, dass die kleinen und mittleren Städte, das eigentliche Rückgrat der modernen Versorgungs- und Kulturfunktionen des ländlichen Raumes, derzeit unter starkem Veränderungsdruck stehen. Der Strukturwandel führt zu Leerstand der Innenstädte bei gleichzeitiger Zersiedlung des Umlands. Die kleinteilige Struktur der Gemeinden entspricht nicht mehr den Anforderungen und muss dringend den Bedingungen unserer Zeit angepasst werden. Dabei muss im ersten Schritt auf freiwillige Kooperation und Zusammenarbeit gesetzt werden. Die Daseinsvorsorge für die Bürgerinnen und Bürger hat dabei an erster Stelle, vor wirtschaftlichen Überlegungen, zu stehen.

Angesichts der Herausforderungen vor welcher die kommunale Selbstverwaltung steht, wie u.a. digitale Gesellschaft, Energiewende, Strukturwandel der Wirtschaft, Schuldenbremse, Verödung der Innenstädte, Ausbluten des ländlichen Raums und demographischer Wandel vergrößert sich die Lücke zwischen modernen Ansprüchen der BürgerInnen und der Unternehmen an öffentlicher Dienstleistung und den bestehenden kommunalen Strukturen in Schleswig-Holstein mit 1.100 Kommunen.

Nur größere Kommunen können die zukünftigen Anforderungen an dieser Entwicklung Rechnung tragen.

Mehr Demokratie vor Ort

Das Ziel sind selbständige und selbstverantwortlich arbeitende Kommunen, wo die politische Gemeinde und die Verwaltungseinheit identisch sind. Das Ziel ist die verbesserte und angemessene Wahrnehmung öffentlicher Dienstleistungen und deren demokratische Steuerung, nicht das Einsparen des öffentlichen Sektors.

Größere Kommunen haben folgende Vorteile:

- *Einheitliche Verwaltungsstrukturen mit professionellem Personal und hauptamtlichen Bürgermeister*innen sorgen für effektive Verwaltungen und bessere Leistungen sowie eine bessere Qualität des kommunalen Serviceangebots für die Bürgerinnen und Bürger.*
- *Die Effektivität der politischen Entscheidungsprozesse und der Verwaltungsstrukturen werden erhöht, damit man möglichst vor Ort Lösungen auf die anstehenden Herausforderungen finden kann.*

- *Größere Kommunen sind EU-tauglich. Das heißt, sie werden durch mehr personelle Ressourcen in die Lage versetzt, relevante EU-Programme zu beantragen. Sie haben wirklich etwas zu entscheiden, da alle Amtsausschüsse oder die Zweckverbände durch demokratisch legitimierte kommunale Ausschüsse und Gemeindevertretungen ersetzt werden.*
- *Größere Kommunen können auf Augenhöhe mit noch größeren Kommunen/Städten oder den kreisfreien Städten und Kreisen verhandeln und somit die Entwicklung vor Ort viel besser mitgestalten. Gerade im strukturschwachen ländlichen Raum werden durch größere Kommunen die Kräfte gebündelt, um zum Beispiel die demografische Entwicklung zu meistern.*
- *Die ehrenamtlichen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker werden gestärkt, da sie mehr Entscheidungsmöglichkeiten und effektivere Kontrollmöglichkeiten gegenüber der Verwaltung bekommen.*

Der SSW-Landesvorstand

05.09.2017